

Freitag, den 6. Dezember 2013

Pressekonferenz zum Regierungsprogramm von DP-LSAP-déi gréng

## **Dominierende Kapitalinteressen und sozialer Rückschritt**

*Die zusammenhängenden Kapitel über Staatsfinanzen und Finanzplatz am Anfang haben eine zentrale Bedeutung. Noch nie wurde in einem Regierungsprogramm die Dominanz der Interessen des Finanzsektors und dessen negativer Einfluss auf die Sozialpolitik so direkt und ungeschminkt in den Vordergrund gestellt:*

### **1. Budgetpolitik**

-Als oberstes Gesetz der Staatsfinanzen wird ausdrücklich das Triple-A eingeführt, d.h. die Bewertungskriterien der "agences de notation" hinter denen die Interessen der Investoren stehen.

-Deshalb werden selbst die europäischen Kriterien in Luxemburg noch verschärft:

0,5 struktureller Überschuss anstatt 0,5% Defizit

30% Schuldengrenze statt 60%.

-Man will 1,5 Milliarden zusätzlich (zu den bisherigen Austeritätsmassnahmen) im Budget einsparen: durch jährlich fixierte prozentuale Einsparungen und durch Ausgaben die systematisch unter den Einnahmen liegen. Ein Komitee, durch RGD einberufen, soll die Finanzpolitik anhand von Parametern steuern.

-Die Sozialtransfers werden in Frage gestellt und sollen "gezielter" werden, obschon sie heute allein eine massive Armut verhindern (Arbeit bringt nicht mehr genug ein).

-Es soll zu keiner Steuererhöhung kommen, ausser einer: der TVA, die sozial am ungerechtesten ist.

Die Steuern sollen Investoren und sehr reiche Leute (HNWI) anziehen und deshalb niedrig bleiben. Deshalb: keine Vermögenssteuer, keine Erhöhung der Erbschaftssteuer, keine "Reichensteuer".

*Austeritätspolitik und Umverteilung von unten nach oben zeichnen die Finanzpolitik im Regierungsprogramm aus.*

-Durch einen "internen Stabilitätspakt" – zentrale Forderung des DP-Wahlprogramms – sollen auch die Gemeinden, die öffentlichen Institutionen und der konventionierte Sektor an die Ziele dieser Sparpolitik gebunden werden. Eine alternative Politik soll an keiner Stelle möglich sein.

## **2. Finanzplatz**

*Es ist so als ob alle Kritiken aus der Krise von 2008 ("Turbokapitalismus", Finanzwirtschaft regulieren...) vergessen seien:*

- Luxemburg soll erster Platz in Europa für Hedgefonds werden. Alle umstrittenen Instrumente während Krise, wie die "titrisations", werden gefördert. Alle geplanten Entschleunigungsmassnahmen des Finanzkapitalismus (wie die Finanztransaktionssteuer) werden abgelehnt. Anstelle wird selbst die minimale taxe d'abonnement (1 Euro auf 14.000 Euro Umsatz der Fondsindustrie) nicht erhöht.

-Der zugestandene automatische Informationssaustausch ab 2015 an ausländische Steuerverwaltungen (EU-"Zinsdirektive) wird jetzt schon systematisch im Interesse der ausländischen Steuerflüchtigen abgeschirmt:

\*Anlageformen, die weiterhin die Anonymität garantieren, werden ausgebaut oder geschaffen.

\*Dividenden, die Hauptform der Gewinnausschüttung in Luxemburg, werden vom Informationsaustausch ausgenommen.

-Die Internationalisierung (weg von der EU-Reglementierung) wird weitergetrieben: Luxemburg will 1. Platz für Renimbi und islamische Finanz werden, will weitere Steuervermeidungsabkommen schliessen (accords de double (non-)imposition).

*Die Interessen der Finanzwirtschaft, und damit der sehr reichen Leute, die Geld für sich "arbeiten" lassen, beeinflussen auch zunehmend die Wirtschaft und die Sozialpolitik.*

## **3. Wirtschaft und Arbeit**

Luxemburg wird als "terre d'accueil d'investissements étrangers" vermarktet. Was allein zählt ist die "valorisation des droits de propriété".

-Die Finanzierung der Wirtschaft wird vom Staat geschleust in Richtung "Fonds d'investissement, banques, 'family offices', assurances, Business angels, et autres".

-Eine Strategie des staatlichen Wirtschaftseinflusses, um den privaten Interessen entgegenzusteuern und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, gibt es nicht. Man sieht das beim Hin und Her um Cargolux. Es gibt kein Wort über eine nationale Stahlpolitik

-Die bisherigen Indexmanipulationen werden definitiv gesetzlich verankert. Nach 2014 und nach 2019 wird es zum definitiven Verlust von wenigstens zwei Indexbranchen kommen. Kaufkraftverluste werden zur Wirtschaftspolitik erklärt! Damit führen sie mit zur Krise (Stiglitz etc.).

-In der Arbeitsmarktpolitik sollen die Arbeitslosen stärker "verantwortlich" gemacht und "aktiviert" werden (Intensität der Arbeitssuche, grössere Zumutbarkeit der Arbeit, medizinische Erfassung der verbleibenden Arbeitsfähigkeit, Strafen). Mindestlohn, Arbeitslosenentschädigungen und RMG werden "analysiert" (bestimmt nicht im Sinne einer Erhöhung).

#### **4. Sozialpolitik**

*Da die sehr reichen Leute keine Steuern zahlen wollen, und deshalb die öffentlichen Haushalte zurückgehen werden, soll eine selektive Sozialpolitik anstelle der Universalität und Gleichheit treten. Damit wird eine Armutspolitik vorbereitet, die die Gesellschaft spaltet. Einige Beispiele herausgegriffen:*

-In der *Familienpolitik* ist eine verstärkte Selektivität vorgesehen (ohne Détail). Sie soll verstärkt über "eigene Ressourcen" finanziert werden: welche? Beiträge allein der Versicherten? Wie soll die angestrebte Gratuität der Kinderbetreuungsstrukturen finanziert werden?

-In der *Armutsbekämpfung* wird der Begriff der "frais incompressibles" beim RMG eingeführt. Hartz IV?

-In der *Gesundheitspolitik* heisst es: "Les citoyens sont responsabilisés". Welche Konsequenzen sind damit verbunden?

-In der *Krankenversicherung* heisst der Schlüsselsatz: "Il ne sera pas procédé à un élargissement notable du spectre des prestations en charge par l'assurance maladie-maternité".

-Bei der *Rentenversicherung* hat die weitgehende strukturelle Reform von 2012 schon die Richtung vorgegeben. Weitere Schritte z.B. bei der Reduzierung der Antikumulbestimmungen von zwei Renten, und also Rentenkürzungen, werden angekündigt.